CHRISTIAN GÖTZ

Ist die DDR ein Staat der Jugend?

Erfreulicherweise sind seit einiger Zeit in unserem Lande Bemühungen erkennbar, von jahrelangen Klischeevorstellungen über den anderen Teil Deutschlands wegzukommen und sich ein differenzierteres Bild zu verschärfen. Dabei sollte besonderes Schwergewicht darauf gelegt werden, sich möglichst objektiv über die Lage und Haltung der *Jugend* in der DDR zu informieren. Das ist schon deshalb notwendig, weil es heute als gemeinsame Auffassung aller politischen Instanzen bezeichnet werden kann, daß wir es bei der Wiedervereinigungspolitik mit sehr langfristigen Problemen zu tun haben. Die junge Generation in der DDR, die dort heute bereits viele führende Positionen in Politik und Wirtschaft bekleidet, wird in absehbarer Zeit unser eigentlicher Verhandlungspartner sein.

Es ist nicht ganz einfach, sich umfassend und objektiv über die Situation der Jugend in der DDR zu informieren. In der vorliegenden Arbeit wurde eine ganze Reihe von Originalunterlagen aus der DDR verwendet; auf Propagandamaterial beider Seiten wurde verzichtet.

Die Situation der Jugend im anderen Teil Deutschlands wird unter verschiedenen besonders wichtigen Aspekten jeweils kurz beleuchtet. Damit soll u. a. zur weiteren Auseinandersetzung mit diesem Fragenbereich gesamtdeutscher Politik angeregt werden.

/. *Rechtliche und theoretische Grundlagen der offiziellen Jugendpolitik*

Zu diesen Grundlagen gehören in der DDR nicht nur die gesetzlichen Bestimmungen. Von zumindest dem gleichen Gewicht sind die offiziellen Parteiverlautbarungen. So ist, um ein markantes Beispiel zu nennen, nicht das Jugendgesetz, sondern das Jugendkommunique der SED die wichtigste Grundlage der offiziellen Jugendpolitik.

Wichtige gesetzliche Grundlagen sind:

1) Bestimmungen aus der Verfassung der DDR vom 7. 10. 1949. Verschiedene Artikel der Verfassung sind speziell der Jugend gewidmet:

„Mann und Frau, Erwachsener und Jugendlicher haben bei gleidier Arbeit das Redit auf gleidien Lohn." (Artikel 18 Absatz 4.)

„Die Jugend wird gegen Ausbeutung geschützt und vor sittlicher, körperlicher und geistiger Verwahrlosung bewahrt. Kinderarbeit ist verboten." (Artikel 18 Absatz 6.)

„Jeder Bürger hat das gleiche Recht auf Bildung und auf freie Wahl seines Berufes. Die Bildung der Jugend sowie die geistige und fachliche Weiterbildung der Bürger werden auf allen Gebieten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens durch die öffentlichen Einrichtungen gesichert." (Artikel 35 Absätze 1 und 2.)

„Jedem Kind muß die Möglichkeit zur allseitigen Entfaltung seiner körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte gegeben werden. Der Bildungsgang der Jugend darf nicht abhängig sein von der sozialen und wirtschaftlichen Lage des Elternhauses. Vielmehr ist Kindern, die durch soziale Verhältnisse benachteiligt sind, besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden." (Artikel 39 Absatz 1.)

„Wahlberechtigt sind alle Bürger, die das 18. Lebensjahr vollendet haben." (Artikel 52 Absatz 1.)

2) Familiengesetzbuch vom 1. 4. 1966.

3) Gesetzbuch der Arbeit vom 12. 4. 1961.

4) „Gesetz über die Teilnahme der Jugend der DDR am Kampf um den umfassenden Aufbau des Sozialismus und der allseitigen Förderung ihrer Initiative bei der Leitung der Volkswirtschaft und des Staates, in Beruf und Schule, bei Kultur und Sport", vom 4. 5. 1964 (Jugendgesetz).

5) „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem", vom 25. 2. 1965 (Bildungsgesetz).

Zu den wichtigsten offiziellen SED-Erklärungen gehören:

1) Kommunique „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung" (beschlossen vom Polit-Büro des Zentralkommitees der SED und veröffentlicht im „Neuen Deutschland" vom 21. 9. 1963).

2) „Grundsätze für die Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems" (veröffentlicht in der „Deutschen Lehrerzeitung" vom 8. 5. 1964).

3) 10 Grundsätze unserer sozialistischen Jugendpolitik (aus dem Beschluß „Jugend und Sozialismus" des Staatsrates der DDR vom 31. 3. 1967).

4) Grußschreiben Walter Ulbrichts an das VIII. Parlament der Freien Deutschen Jugend vom 11. 5. 1967 [1]).

Mit Ausnahme der bereits aufgeführten Verfassungsartikel werden die wichtigsten Bestimmungen aus den Gesetzen und offiziellen SED-Erklärungen jeweils bei den entsprechenden Sachkapiteln erläutert.

//. *Ideologische und weltanschauliche Erziehung der Jugend*

Der ideologischen und weltanschaulichen Erziehung der Jugend kommt in der DDR zweifellos zentrale Bedeutung zu. In seiner 1966 in Ost-Berlin erschienenen wissenschaftlichen Untersuchung „Jugend heute" [2]) führt *Walter Friedrich* wörtlich aus:

„In der Gegenwart spielt die ideologische Position bei der Verhaltensformung eine große Rolle, denn die Funktion einer Ideologie besteht in der Verhaltenssteuerung bestimmter Menschengruppen .. . Diejenigen Einstellungen, die sich auf allgemeine gesellschaftliche Werte und Normen beziehen, fassen wir als ideologische zusammen. Dazu gehören vor allem weltanschaulich-politische Überzeugungen und Aktivitäten sowie das Verhältnis zu anderen gesellschaftlich relevanten Normen. Die Herausbildung von stabilen, den sozialistischen Normen entsprechenden ideologischen Einstellungen ist ein. Grundanliegen unserer Jugenderziehung."

Etwas vereinfachend kann man sagen, daß das wichtigste Ziel der ideologischen Erziehung darin besteht, die Jugend davon zu überzeugen, daß sie politisch unzweifelhaft auf der richtigen Seite steht. Das wird vor allen Dingen mit der Gesetzmäßigkeit vom Sieg des Sozialismus begründet. Im Jugendkommunique heißt es dazu: „Natürlich entwickelt sich die Welt gesetzmäßig und unaufhaltsam zum Sozialismus und Kommunismus." Aus dieser Tatsache schlußfolgert die SED, daß in der DDR letztlich eine ideale, dem Westen weit überlegene und ihm diametral entgegengesetzte politische Ordnung entwickelt wird. Das ist zugleich die Basis für den Versuch, ein auf das Territorium der DDR bezogenes Nationalbewußtsein heranzubilden. Der damalige 1. Sekretär des Zentralrates der FDJ, *Horst Schumann,* stellte in seinem Grundsatzreferat vor dem VIII. FDJ-Parlament am 12. 5. 1967 fest:

„Unsere Deutsche Demokratische Republik, das ist unser sozialistisches Vaterland . . . Ihm gehört unsere Tatkraft, unser Elan, unser Gedankengut und unsere ganze Liebe. Die Jugend der DDR hat ein neues Staatsbewußtsein."

Von Bedeutung ist, daß im Rahmen der ideologischen und politischen Erziehung auch immer wieder unterstrichen wird, die politische Ordnung der DDR stelle zugleich ein Modell für ein wiedervereinigtes Deutschland dar. Ulbricht unterstrich in seinem Grußschreiben an das VIII. FDJ-Parlament: „Das Vaterland der Deutschen ist die Deutsche Demokratische Republik." Aus diesen Grundsatzauffassungen ergibt sich zugleich eine bestimmte Perspektive zur Wiedervereinigungspolitik und ein „Alleinvertretungs-

1) Alle Zitate aus Reden und Erklärungen, die sich auf das VIII. Parlament und das Pfingsttreffen der FDJ beziehen, sind den vom FDJ-Zentralrat herausgegebenen Presseinformationen und Pressebulletins entnommen. Die Veranstaltungen fanden im Mai 1967 statt.

2) Jugend Heute — Theoretische Probleme — Empirische Daten — Pädagogische Konsequenzen, von Walter Friedrich, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1966. — Die Untersuchung, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, basiert auf zwei nach wissenschaftlichen Maßstäben durchgeführten Umfragen. In die erste (Frühjahr 1962) wurden 2157 Jugendliche zwischen 14 und 22 Jahren aus den Bezirken Leipzig und Karl-Marx-Stadt einbezogen; bei der zweiten (Herbst 1964) wurden 1664 Schüler der 8., 10. und 12. Klassen sowie Berufsschüler des 2. Lehrjahres aus dem Bezirk Leipzig erfaßt.

ansprach" der DDR. Das verdeutlicht u. a. Horst Schumanns kategorische Feststellung vor dem VIII. FDJ-Parlament „Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist nur im Sozialismus möglich" und Ulbrichts Rede vor der Volkskammer vom 5. 5. 1965 [3]), in der es hieß, die DDR verwirkliche die ursprünglichen Absichten der Anti-Hitler-Koalition und sei allein berechtigt, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen.

Ein Schwerpunkt der ideologischen Erziehung speziell der Jugend besteht darin, immer wieder herauszuarbeiten, daß die DDR ein Staat der Jugend ist. Im Jugendgesetz heißt es dazu: „In der Deutschen Demokratischen Republik haben Staat und junge Generation zum erstenmal in der deutschen Geschichte gemeinsame Interessen und Ziele."

Natürlich treten in der ideologischen Erziehung der Jugend nicht selten Schwierigkeiten auf, die offiziell auch gar nicht verschwiegen werden. Sie sind vor allen Dingen darauf zurückzuführen, daß Theorie und Praxis oft nicht übereinstimmen. Das Jugendkommunique sagt dazu bezeichnenderweise:

„Der objektive Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit in der Übergangsperiode kann nur durch die umwälzende Praxis des sozialistischen Aufbaus gelöst werden. Im Kopf manches Jugendlichen nimmt dieser dialektische Widerspruch infolge von Unzulänglichkeiten in der Bildungs- und Erziehungsarbeit, natürlich auch infolge der Einwirkungen bürgerlicher Ideologie, nicht selten die Form eines tatsächlichen Auseinanderfallens von Ideologie und Wirklichkeit an."

Walter Friedrich weist in seiner Untersuchung „Jugend heute" darauf hin, daß es schwierig sei, sich ein objektives Bild über den Stand der ideologischen Erziehung zu verschaffen, da der Jugendliche sich erzieherischen Normen gegenüber sehr verschieden verhalten könne. Er kann sich z. B. nur äußerlich anpassen und ein bestimmtes Verhalten vortäuschen; er kann die Normen auch unverbindlich akzeptieren, ohne daß sie sein Verhalten wesentlich regulieren. Friedrich unterstreicht des weiteren, daß auch die Zugehörigkeit zu Organisationen und Verbänden nicht in jedem Fall eine Identifizierung mit deren Ideologie einschließen muß. Auch als Wissenschaftler sei er weitgehend auf subjektive Angaben der Versuchspersonen angewiesen.

Andererseits darf nicht übersehen werden, daß in der ideologischen Erziehung auch beachtliche Erfolge erzielt werden konnten. So berichtet Walter Friedrich z. B., daß auf die Frage „Sind Sie überzeugt, daß sich die sozialistische Gesellschaftsordnung im Weltmaßstab durchsetzen wird?" 41 % der befragten Jugendlichen mit „bin sehr sicher" und 49 % mit „hoffe es" antworteten. In einer anderen Untersuchung berichtete der Greifswalder Soziologe Dr. *Hermann Schulz* [4]), daß sich bei weit mehr als 50 % der Jugendlichen des Jahrganges 1948 der Vaterlandsbegriff mit der DDR verbindet.

///. „Bildung und Arbeit" als zentrale Begriffe der ideologischen Erziehung und praktischen Jugendpolitik

Diese beiden Begriffe tauchen außerordentlich häufig in allen Gesetzen, Parteidokumentationen und offiziellen Erklärungen der DDR-Politiker auf. Ihnen kommt sowohl für die ideologische Erziehung als auch für die praktische Jugendpolitik zentrale Bedeutung zu. Das Jugendkommunique erhebt die Forderung: „An alle Jungen und Mädchen der DDR ergeht der Ruf im Geiste unserer Nationalhymne: *Lernt* und *schaffl* wie nie zuvor!"

Vor diesem ideologischen Hintergrund ist auch die polytechnische Erziehung zu sehen, bei der es ganz konkret um die Verbindung der Faktoren Bildung und Arbeit geht. Die

3) Zitiert aus DDR — Geschichte und Bestandsaufnahme, von Ernst Deuerlein, Deutscher Taschenbuchverlag, München, März 1966.

4) Zitiert aus einem Artikel „Die mitteldeutsche Jugend und ihr Vaterland" von Rudolf Maerker, veröffentlicht in Politik, Vierteljahresschrift des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, Nr. 4/1965.

Zielsetzung ergibt sich eindeutig aus einer grundsätzlichen Feststellung, die Ulbricht im Rahmen einer Rede vor dem VI. Parteitag der SED [6]) traf:

„Die auf diese Weise erreichte engere Verbindung mit den Produktionsbetrieben sichert eine intensive Einflußnahme der Arbeiterklasse auf die Bewußtseinsbildung der Jugendlichen und ermöglicht durch eine konkrete Teilnahme an der Produktionsarbeit der Betriebe eine wirksame Erziehung zur Liebe zur Arbeit, zur Achtung jeder Arbeit und der arbeitenden Menschen."

Zur Vertiefung ist es notwendig, ganz kurz darauf hinzuweisen, welcher entscheidende Stellenwert der Begriff „Arbeit" in der kommunistischen Ideologie überhaupt hat. *Siegfried Dübel* sagt dazu in seinem Buch „Dokumente zur Jugendpolitik der SED" [fl]):

„Die produktive Arbeit ist für den Kommunismus das Kriterium des Menschen schlechthin. Wer nicht produktiv arbeitet, ist danach nicht in vollem Sinne Mensch . . . Wenn nun die Arbeit das den Menschen qualitativ bestimmende Merkmal ist, dann müssen folgerichtig nicht nur alle Erwachsenen, einschließlich der Frauen und Mütter, produktiv arbeiten, sondern auch alle Kinder und Jugendlichen."

Immer wieder wird betont, unter den gesellschaftlichen Bedingungen der DDR habe die Arbeit einen völlig veränderten Charakter angenommen und außerdem die entscheidende Funktion, die Überlegenheit des Sozialismus zu beweisen. Das ergibt sich u. a. eindeutig aus der Präambel zum „Gesetzbuch der Arbeit" [7]), wo ausgeführt wird:

„In der Deutschen Demokratischen Republik vollzog und vollzieht sich eine grundlegende Veränderung des Charakters der Arbeit. Aus der Last der unfreien Arbeit für schmarotzende Ausbeuter wurde die freie Arbeit der Werktätigen für sich selbst und für die Gesellschaft. . . Die Arbeit beginnt, zur Sache des Ruhmes und der Ehre zu werden ... In Deutschland kämpfen zwei gesellschaftliche Systeme gegeneinander, der Kapitalismus und der Sozialismus. Die geschichtliche Aufgabe des ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates besteht darin, die Überlegenheit des Sozialismus vor dem ganzen deutschen Volk zu beweisen. Dafür ist entscheidend die maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität."

Aus dieser ideologischen Position werden für die praktische Jugendpolitik natürlich entsprechende Konsequezen gezogen. So ist z. B. die „sozialistische Arbeitschsziplin" eines der wichtigsten der „10 Gebote sozialistischer Moral". Das vom FDJ-Zentralrat herausgegebene Handbuch „Jugend im jungen Staat" [8]) unterstreicht: „Die FDJ sieht ihre *entscheidende Aufgabe* darin, die Jugendlichen für die aktive Teilnahme an der schöpferischen Arbeit in der materiellen Produktion in Industrie und Landwirtschaft zu organisieren..."

Auch im hier speziell behandelten Bereich der ideologischen Erziehung tauchen Schwierigkeiten auf. Die SED hat — im Gegensatz zu ihren Hoffnungen und Zielsetzungen — zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Beteiligung der Jugend am Produktionsprozeß nicht quasi automatisch zu einer bestimmten ideologischen Haltung führt. Walter Friedrich berichtet in seiner Untersuchung „Jugend heute": „Die Arbeitstätigkeit an sich hat wenig Einfluß auf das ideologische Verhalten; entscheidend ist auch hier die Kommunikation mit den Menschen des Betriebes, das Betriebsklima', der Kontakt zur Arbeitsbrigade usw. Auf diese Faktoren sollten wir uns in der Arbeitserziehung konzentrieren und allen ‚Spontanitätstheorien' in bezug auf die Rolle der Arbeit entgegentreten."

5) Zitiert aus Der SED-Staat — Das komunistische Herrschaftssystem in der Sowjetzone, von Helmut Bärwald und Rudolf Maerker, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1963.

6) Dokumente zur Jugendpolitik der SED, von Siegfried Dübel, Juventa-Verlag, München 1966. — Das Buch enthält die Texte des Jugendkommuniques, des Jugendgesetzes und die Grundsätze sowie das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem.

7) Siehe Anmerkung 3.

8) Jugend — im jungen Staat (Die junge Generation in der Deutschen Demokratischen Republik / Menschen — Meinungen — Tatsachen, von Helmut Thur, herausgegeben vom Zentralrat der FDJ über Verlag Junge Welt / zweite überarbeitete und erweiterte Auflage / Redaktionsschluß: 10. 1. 1966.

Auch in einem Gutachten des Zentralkomitees der SED, das im Mai 1964 im Staatsverlag der DDR erschienen ist und sich mit Bildungsfragen beschäftigt[9]), wird über solche Schwierigkeiten berichtet. „Unser Bildungswesen wird noch nicht in vollem Umfang der Aufgabe gerecht, die Jugend zu einer echten sozialistischen Arbeitschsziplin zu erziehen und die jungen Menschen so vorzubereiten, daß sie bereit sind, überall dort zu arbeiten, wo es der sozialistische Aufbau unserer Republik erfordert." (Übrigens kann man besseren „Klartext" zur Verdeutlichung der vorrangigen Zielsetzung aller Bildungsanstrengungen nun wirklich nicht verlangen.)

Die hier ganz kurz angerissenen ideologischen Grundfragen müssen jedem unserer Bundesbürger, der sich mit der Entwicklung der DDR und der Situation der dortigen Jugend auseinandersetzt, bekannt sein. Viele praktische Maßnahmen der Jugendpolitik sind — wenn überhaupt - nur vor diesem ideologischen Hintergrund verständlich. Wenn wir kein schiefes Bild gewinnen wollen, müssen wir es uns abgewöhnen, die Verhältnisse im anderen Teil Deutschlands nur durch unsere Brille zu betrachten oder gar zu bewerten.

IV. Wie stellt sich die SED den idealen jungen DDR-Bürger vor?

Hier wird logischerweise zugleich die Frage nach dem „offiziellen Verhältnis" der SED zur Jugend gestellt. Das Jugendkommunique stellt dazu lapidar fest: „Der Sozialismus baut und denkt immer für die Zukunft. Daher wird sich ein echter Sozialist auch, immer um die Jugend kümmern." Ulbricht sagt in seinem Grußschreiben an das VIII. FDJ-Parlament: „Das Verhältnis unserer Partei zur Jugend war immer durch den unerschütterlichen marxistisch-leninistischen Grundsatz bestimmt, der Jugend *volles Vertrauen* zu schenken und ihr *hohe Verantwortung* zu übertragen".

Das Jugendkommunique gibt eine klare Antwort, wie sich die SED den idealen jungen Staatsbürger vorstellt und zeichnet zugleich auch eine entsprechende „Negativfigur". Es heißt wörtlich:

„Entweder Ihr seid auf der Höbe der Zeit, lernt fleißig, arbeitet schöpferisch, kämpfl gegen alles Rückschrittliche, helft dem Sozialismus bewußt voran und führt ein glückliebes Leben, oder Ihr lebt in den Tag hinein, laßt andere für Euch denken, nehmt es mit der Arbeit nicht so genau, redet oder macht politischen Unsinn, gebt Euch mit schlechten Zensuren zufrieden, erschwert den Aufbau des Sozialismus und schadet damit unserem Volke und Euch selbst. Ihr müßt Ihr Euch stellen. Und wenn Euer Leben einen Sinn haben soll, müßt Ihr Euch täglich und stündlich für den Sozialismus entscheiden."

Im Vordergrund stehen wiederum die Begriffe Lernen bzw. Bildung und Arbeit. Nach dem Jugendkommunique kann sich ein „Held unserer sozialistischen Tage" nicht nur durch Mut, Selbstvertrauen und Ausdauer bei Sport und anderen Anlässen auszeichnen, „sondern vor allen Dingen dadurch, daß er seine Fähigkeiten und Talente für höchste Arbeitsergebnisse einsetzt".

In den Presseinformationen des VIII. FDJ-Parlaments wurden „hervorragende Jugendliche" und „Schrittmacher des Jugendverbandes" vorgestellt. Einer von ihnen war z. B. Peter Redanz, ein 21jähriger Melker aus Ballin, Kreis Strasburg. Er ist Mitglied der Bezirksleitung und stellvertretender FDJ-Sekretär seiner Grundorganisation, er vollbringt im Jugendobjekt Rinderzucht des VEG Ballin hervorragende Arbeitsleistungen, bildet sich ständig fachlich weiter und arbeitet aktiv im „Zirkel junger Sozialisten" mit, wo er stets kritisch und vor allen Dingen parteilich zu politischen Fragen Stellung nimmt. Kürzlich wurde er Kandidat der SED.

9) Zitiert aus Die andere Ordnung — Die Jugend — Die Arbeiter und Angestellten — Die Landwirtschaft — Die Frauen in der „DDR", von Julian Lehnecke, herausgegeben von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Hannover 1964.

Ein Kommentar zu diesen biographischen Notizen erübrigt sich. Dieser junge Mann besitzt ausnahmslos alle Eigenschaften, die ihn dazu qualifizieren, von der SED ein idealer junger Staatsbürger der DDR genannt zu werden.

V. *Ergebnisse der offiziellen Bildungs- und Jugendpolitik*

Was hat die SED bisher nun praktisch für die Jugend in der DDR getan? Eine Antwort auf diese entscheidende Frage finden wir, wenn wir uns mit den Ergebnissen der offiziellen Bildungs- und Jugendpolitik beschäftigen. Natürlich ist eine Beschränkung auf besonders wichtige Bereiche, die jeden jungen Menschen — unabhängig von Grenzen — in erster Linie interessieren, erforderlich. Hier werden folgende Komplexe herausgegriffen:

Bildung und Ausbildung — Übertragung von führenden Positionen in Politik und Wirtschaft — Sport — Freizeit. Für alle vier genannten Komplexe gibt es Richtlinien und Vorschriften im Jugendkommunique und im Jugendgesetz.

1, Bildung und Ausbildung

Das Bildungs- und Ausbildungssystem kann hier nur kurz skizziert werden. Allgemein sei nur darauf hingewiesen, daß es sich für jeden politisch Interessierten lohnt, sich intensiv und bis in die Details hinein mit der Bildungspolitik der DDR zu beschäftigen. Durch sie werden schließlich Grundlagen geschaffen, die mit Sicherheit in die Zukunft hineinwirken und auch durch ein wiedervereinigtes Deutschland nicht rückgängig gemacht werden könnten.

Der dritte Abschnitt des Jugendgesetzes ist ausschließlich der Frage der „Ausbildung und Qualifizierung der jungen Generation" gewidmet. Weitere wichtige Bestimmungen zur inhaltlichen Zielsetzung und Organisation des Bildungswesens sind in den Grundsätzen und im Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem enthalten.

In der DDR besteht die zehnjährige Oberschulpflicht. Diese Oberschule ist nicht mit derjenigen in der BRD zu vergleichen. (Diese Feststellung wird zunächst völlig wertfrei getroffen.) Die Oberschulbildung kann in besonderen Fällen innerhalb der Berufsschulbildung oder in der Erwachsenenqualifizierung beendet werden. Entscheidend ist, daß in der DDR im Verhältnis zur Bundesrepublik alle jungen Menschen insgesamt länger zur Schule gehen. So wies das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften z. B. im Juli 1965 darauf hin, daß in der BRD nur 6 % aller Jugendlichen eine 10jährige Mittelschule besuchen; in der DDR erhielten zu demselben Zeitpunkt schon etwa 85 % aller Jugendlichen eine mindestens 10jährige Schulausbildung. Zu diesem Schulsystem stellte das WWI im übrigen wertend fest; „Es handelt sich dabei um ein einheitliches, übersichtlich gegliedertes und zweifellos auch den Erfordernissen der Industriegesellschaft durchaus angepaßtes Bildungssystem [10])."

Die SED bezeichnet als das „eigentlich Neue, das Hauptstück der sozialistischen Schule" die polytechnische Erziehung und Bildung. Sie durchzieht das gesamte Bildungs- und Erziehungssystem. Seit dem Jahre 1959 gibt es für alle Oberschulklassen vom 7. Schuljahr an einmal wöchentlich den „Unterrichtstag in der sozialistischen Produktion". Der polytechnische Unterricht erfüllt eine wichtige Funktion in der ideologischen Erziehung. Auch wir müssen diese Perspektive bei einer objektiven Wertung mitberücksichtigen. Auf jeden Fall ist es sachlich unrichtig, diese Ausbildungsform nur unter dem Gesichtswinkel der „Planerfüllung, der Kinderarbeit und der wirtschaftlichen Ausbeutung Jugendlicher" zu sehen.

10) Zitiert aus einem Artikel der „Welt" vom 24. 7. 1965.

Auch das Berufsschulwesen ist in vielfacher Hinsicht nicht mit der Situation in der BRD vergleichbar. Nach dem Handbuch des FDJ-Zentralrates „Jugend im jungen Staat", gab es im Jahre 1964 in der DDR 1123 Berufsschulen — darunter 645 Betriebsberufsschulen — mit 13 601 vollbeschäftigten Lehrkräften und 387 100 Schülern. Auf eine Lehrkraft kamen 28,5 Schüler. Auch hier schneidet der andere Teil Deutschlands zahlenmäßig besser ab als wir.

Nicht unberechtigt ist die DDR auf die Entwicklung ihres Universitäts- und Hochschulwesens stolz. 1965 bestanden 44 Universitäten und Hochschulen. Nach dem FDJ-Handbuch stieg bis zum Jahre 1964 die Zahl der Studenten an den Universitäten und Hochschulen auf insgesamt 111 580, davon 75 578 im Direktstudium, 30 617 im Fernstudium und 3319 im Abendstudium. Relativ studieren in der DDR wesentlich mehr junge Menschen als in der BRD. Schon zu Ende des Jahres 1965 wies *Rudolf Maerker* vom gesamtdeutschen Referat des SPD-Parteivorstandes in einem Beitrag für die Zeitung *Politik* [11]) darauf hin, daß von jeweils 10 000 Einwohnern 1964 in der DDR 67 und in der BRD 37 an Hochschulen und Universitäten studierten. Bis zum heutigen Tage hat sich diese Relation nicht zu unseren Gunsten verändert. Notwendig ist auch ein Hinweis auf die gerechtere soziale Zusammensetzung der Studentenschaft, nach der z. B. die Kinder aus Arbeiterfamilien in wesentlich größerem Umfang berücksichtigt werden als in unserem Lande.

Das Bildungs- und Ausbildungssystem der DDR erfordert regelmäßig ganz erhebliche finanzielle Aufwendungen. Nach einer Meldung der *Welt* vom 9. 1. 1967 gab die DDR im Jahre 1965 5,9 Md. Mark für das Bildungswesen (Vorschulerziehung, Oberschulen, Berufsqualifikation, Fach- und Hochschulwesen) aus. Das waren nach Angaben der Ostberliner Akademie der Wissenschaften 7,1 % des Nationaleinkommens. Diese Zahlen werden — zumindest global — durch *Ernst Kichert* in seinem Buch „Das zweite Deutschland" [12]) bestätigt, wenn er als Fakt berichtet: „ .. . Demgegenüber ist aber festzustellen, daß der Staat sich Ausbildung und Wissenschaft enorm viel kosten läßt (7 % des Sozialproduktes gegenüber 3 % in der BRD)."

Insgesamt kann man feststellen, daß heute auch in der Bundesrepublik im Prinzip nicht mehr bestritten wird, daß in der Nachkriegszeit im anderen Teil Deutschlands auf dem Gebiet des Bildungs- und Ausbildungswesens außerordentlich und in vielfacher Hinsicht auch vorbildliche Leistungen vollbracht worden sind. Diese positiven Feststellungen beziehen sich vor allen Dingen auf den Umfang und die Vielfalt der Bildungsmaßnahmen. Mit Recht kritischer und distanzierter ist das Urteil, wenn es um den *Inhalt* geht. Eine Auswertung von Lehr- und Studienplänen macht deutlich, daß in der DDR inhaltlich eine allzu einseitige Ausrichtung aller Bildungsmaßnahmen auf den Produktionsprozeß erfolgt. Das beweist u. a. das unverhältnismäßig große Schwergewicht der mathematischen, naturwissenschaftlichen und technischen Fächer.

Ernst Richert unterstreicht in seinem Buch „Das zweite Deutschland", daß den jungen Menschen in der DDR dadurch ein ungleich größeres Verständnis für technologische Vorgänge und für das Zusammenspiel ökonomischer, technischer und organisatorischer Kräfte in der Erwachsenenwelt antrainiert wird. Sie werden also tatsächlich einsatzfähiger für den Produktionsprozeß. Richert weist aber auch auf die diesem System innewohnende Gefahr hin, wenn er berichtet:

„Indes trat nach Ansicht von Lehrern und Geisteswissenschaftlern mit dem Übergang zum polytechnischen Modell, gemessen an den traditionellen Erwartungen, eine erschreckende Verarmung der Jugend an literarischem, geschichtlichem und geistigem Tatsachenwissen ein, und als Folge davon eine rapide Abnahme des Vermögens, sich eigenwillige und möglicherweise auch ketzerische Gedanken zu machen. Das Denkvermögen ist weitgehend auf die Kalkulation rechne-

11) Siehe Anmerkung 4.

12) Das zweite Deutschland — Ein Staat, der nicht sein darf, von Ernst Richert, Fischer-Bücherei, Frankfurt 1966.

rischer Interdependenzen und auf ihre Umsetzung in Konstruktion und Machbarkeit hin entwickelt .,. Sie machen sich über Geschichte, politische Umwelt und Mitmenschen nach den Urteilen sehr gescheiter Beobachter immer schablonisiertere Gedanken und begnügen sich mit dem dürren Gerüst, das der historische Materialismus ihnen in die Hand gibt, während ihr echtes und lebendiges Interesse immer mehr dem weiten und konkreten Bereich von Technik und, Wirtschaft gilt."

Kein moderner Industriestaat kommt heute darum herum, in seinem Bildungswesen eine Sdrwergewiditsverlagerung zu mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern vorzunehmen, wenn er im wirtschaftlichen Wettlauf nicht verlieren will. Abzulehnen ist aber eine Entwicklung, die das Ziel aller Bildungsmaßnahmen nur darin sieht, den Menschen einsatz- und funktionsfähig für den Produktionsprozeß zu machen. Entsprechende Gefahren sind in der DDR schon in sehr ausgeprägter Form vorhanden.

Ein wesentlicher, damit zusammenhängener Nachteil des Bildungs- und Ausbildungswesens in der DDR ist auch darin zu sehen, daß die Rechte der Berufswahl und der Wahl des Arbeitsplatzes durch eine Vielzahl von gesetzlichen Bestimmungen erheblich eingeschränkt sind.

2. Übertragung von führenden Positionen in Politik und Wirtschaft

Nach § 38 des Jugendgesetzes haben die Jugendlichen in der DDR einen rechtlichen Anspruch darauf, bei Erfüllung und bestimmter Voraussetzungen führende Positionen in Politik und Wirtschaft zu bekleiden.

Dieser zunächst theoretische Anspruch ist in der Praxis in großem Umfang realisiert worden. Die FDJ hat z. B. in der Volkskammer eine eigene Fraktion von ca. 40 Abgeordneten. Rudolf Maerker berichtet in seinem bereits erwähnten Beitrag in der Zeitschrift *Politik,* daß nach einer Erhebung, die allerdings bereits am 31. 12. 1963 abgeschlossen war, Jugendliche bis zum Alter von 30 Jahren allein 15,2 % aller Sitze in den „scheinparlamentarischen Körperschaften" besetzten. Nach dem Handbuch des FDJ-Zentralrates „Jugend im jungen Staat", sind in den volkseigenen Betrieben der Industrie 2508 Beschäftigte in leitenden Funktionen junge Menschen im Alter unter 35 Jahren. Das sind 17 % aller leitenden Wirtschaftsfunktionäre. Man kann also der sozialdemokratischen Wochenzeitung *Vorwärts* nur zustimmen, wenn sie am 18. 5. 1967 in ihrer Berichterstattung über das VIII. FDJ-Parlament feststellt: „Immerhin beherrscht die junge Generation, wenn auch am Zügel der SED, das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in der DDR wie in keinem vergleichbaren Staatswesen."

3. *Sport*

Nach Auffassung der FDJ ist „die physische Vervollkommnung der jungen Generation auf der Grundlage eines systematischen Trainings ein fester Bestandteil ihrer Entwicklung zu sozialistischen Persönlichkeiten." Im April 1957 wurde der „Deutsche Turn- und Sportbund" als „sozialistische Massenorganisation" gegründet. Ihm gehören heute 37 Sportverbände mit insgesamt ca. 1,8 Mill. Mitgliedern an. Staatlicherseits wird der Sport — vor allen Dingen auch in finanzieller Hinsicht — sehr gefördert. Man versucht, eine möglichst große Zahl von jungen Menschen für den aktiven Sport zu gewinnen. Dieser Zielsetzung dienen u. a. die jährliche „Woche der Jugend und Sportler", die nach § 40 des Jugendgesetzes jeweils „zu einem Höhepunkt der Aktivität der Jugend" gestaltet werden soll, und die „Kinder- und Jugendspartakiade". Nach einem Bericht von *Horst Schumann* auf dem VIII. FDJ-Parlament nahmen an der letzteren und einigen weiteren Wettkämpfen im Jahre 1966 2,8 Mill. Kinder und Jugendliche teil.

Der Sport im anderen Teil Deutschlands hat in den vergangenen Jahren Weltrangstellung erreicht. Das drückt sich u. a. auch darin aus, daß heute 47 Sportverbände aus

der DDR in internationalen Föderationen vertreten sind. Für die SED hat der Sport eine wichtige ideologische und politische Funktion. Auch durch ihn soll die Überlegenheit des Sozialismus bewiesen werden. Außerdem soll er der DDR helfen, internationale staatliche Anerkennung zu finden. In diesem Sinne ist der von unserer Seite außerordentlich bedauerte Beschluß der 63. Vollversammlung des Internationalen Olympischen Komitees, nach dem es bei den Olympischen Spielen 1968 getrennte deutsche Mannschaften geben wird, von der SED lebhaft begrüßt und als Bestätigung der eigenen Politik. gewertet worden.

4. Freizeit

Das Jugendkommunique enthält einen relativ umfangreichen Teil zur Freizeitgestaltung. Allein schon dadurch dokumentiert die SED, daß die Freizeit nach ihrer Auffassung durchaus keine Privatangelegenheit der Jugend darstellt. Es heißt u. a.: „Die Freizeit ist ein wichtiger Teil des sozialistischen Lebens; deshalb sollte auch nicht eine Stunde dem Klassengegner überlassen werden."

§ 11 des Jugendgesetzes betont: „Die außerunterrichtliche Tätigkeit gehört zum einheitlichen System der Bildung und Erziehung der jungen Generation." In der wissenschaftlichen Untersuchung von Walter Friedrich „Jugend heute", wird unmißverständlich festgestellt: „Die Jugend ist in der Freizeit nicht sich selbst überlassen. Die Gesellschaft bemüht sich, auch in diesem Lebensbereich zu einem kulturvollen Verhalten zu erziehen."

Entsprechend dieser Maxime enthält das Jugendgesetz Bestimmungen über die Bildung von Jugendklubs und Arbeitsgemeinschaften. Besondere Bedeutung kommt — gerade auch für die ideologische Erziehung — der gleichfalls gesetzlich geregelten Feriengestaltung für Schüler und Lehrlinge zu. Bis in welche Details hinein der Staat Regelungen für die Freizeit vornimmt, ergibt sich u. a. aus § 30 des Jugendgesetzes. Er beschäftigt sich mit dem Wandern Jugendlicher. Diese sollen nicht einfach nach eigenem Gutdünken losmarschieren. Die örtlichen Staatsorgane in Verbindung mit den Komitees für Touristik und Wandern werden gesetzlich verpflichtet, für alle Wandergebiete Kataloge herauszugeben. „Diese sollen die sozialistische Entwicklung der Gebiete und Schwerpunkte der ökonomischen Entwicklung darstellen, Gedenkstätten der Arbeiterbewegung und Kulturdenkmäler historisch erläutern und auf die Schönheiten der Natur hinweisen."

Als offiziellen Grund für eine so weitgehende Reglementierung der Freizeit nennt die SED die angeblich negativen Einflüsse aus der Bundesrepublik. Sie geht sogar so weit, im Jugendkommunique von „westlicher Unkultur" (eigentlich ein nationalsozialistischer Sprachbegriff, der auch in der DDR nicht verwendet werden sollte) zu reden. Konkret gefällt der SED die Vorliebe vieler mitteldeutscher Jugendlicher für westliche Unterhaltungskunst und Moden nicht. In den vergangenen Jahren ist bereits eine ganze Reihe besonderer Kampagnen gegen diese Vorliebe gestartet worden. So wurde z. B. die zunächst geduldete Beatmusik hart bekämpft. In einem Artikel des FDJ-Organs *Junge Welt* vom Dezember 1965 wurde unterstrichen, daß man nichts gegen schnelle und moderne Rhythmen habe. „Die schnellen Rhythmen machen die Jugend der DDR jedoch nicht blind gegenüber den Versuchen, uns dazu zu bringen, im Beatrhythmus nach der Pfeife des Monopolkapitals zu tanzen." Es ist verständlich, daß mit solchen „Argumenten" durchgeführte Kampagnen bisher wenig erfolgreich waren. Das ergibt sich u. a. auch daraus, daß die Komponisten der DDR zu Anfang des Jahres 1967 zu einem „Schlagerwettbewerb 1967" aufgerufen wurden. Die Schlager sollen von den „Schönheiten unseres Lebens" und vom „Optimismus, der das Fühlen und Handeln der Menschen in der DDR bestimmt", berichten.

VI. Restloser Einsatz der Jugend im Produktionsprozeß

Der eigentliche Preis, den die Jugendlichen in der DDR für die Vorteile, die ihnen die offizielle Jugendpolitik verschafft, zu zahlen haben, ist ihr restloser Einsatz im Produktionsprozeß und die möglichst diskussionslose Bereitschaft, sich vormilitärisch und militärisch auszubilden.

Die organisatorischen Fragen des Arbeitseinsatzes sind im Abschnitt II des Jugendgesetzes mit der Überschrift „Die Teilnahme der Jugend an der Entwicklung der Volkswirtschaft" geregelt. In § 2 wird die Zielsetzung wie folgt umrissen:

„Die Jugend kämpft im sozialistischen Wettbewerb um die ständige Steigerung der Arbeits-, Produktivität. Sie trägt dazu bei, den wissenschafllich-technischen Höchststand zu erreichen und die Qualität der Erzeugnisse bei niedrigsten Kosten auf der Grundlage von technisch begründeten Arbeitsnormen und Bestwerten zu verbessern."

Nach dem Jugendgesetz sind in den einzelnen Bereichen der Wirtschaft Jugendbrigaden, Jugendbereiche, Jugendobjekte und andere Jugendkollektive zu bilden. Nach § 4 kann der Ministerrat der DDR der Jugend außerdem „Objekte übergeben, die für die Lösung von Schwerpunktaufgaben, besonders in den führenden Zweigen der Volkswirtschaft, bedeutsam sind". Solche Jugendobjekte waren z. B. der Bau der Autobahn Rostock—Berlin, der Ausbau des Rostocker Hafens zum Überseehafen, der Bau des Erdölkombinats Schwedt und des Flughafens Schönefeld bei Berlin. Der Wille der Jugend, an großen Aufgaben mitzuwirken und Selbstbestätigung in einer ständigen Verbesserung der Leistungsfähigkeit zu finden, wird planmäßig für die laufende Steigerung der Produktionsergebnisse in Industrie und Landwirtschaft eingesetzt. Dagegen ist im Prinzip noch gar nichts einzuwenden. Kritisch wird die Sache allerdings dann, wenn die Arbeitsergebnisse der Jugendbrigaden, die aus leistungsfähigen jungen Arbeitnehmern bestehen, den Arbeitsergebnissen von Brigaden älterer Arbeitnehmer gegenübergestellt werden. Die nicht unbedingt typischen Arbeitsergebnisse einzelner erfolgreicher und besonders herausgestellter Jugendbrigaden bieten dann nicht selten den Anlaß zur Normenerhöhung. Dabei fällt erschwerend ins Gewicht, daß sich die Arbeitnehmer in der DDR — ein wenig überspitzt ausgedrückt — eigentlich permanent in einer Wettbewerbssituation untereinander befinden. Es gibt kein wichtiges politisches Ereignis, zu dem nicht die Betriebe, Brigaden und auch einzelne Arbeitnehmer Verpflichtungen zur freiwilligen (?) Übererfüllung des Planes oder zur Normenerhöhung übernehmen. Dabei wird erwartet, daß die in anderer Hinsicht vielfach privilegierten Jugendlichen in erster Linie mitmachen. So unterstrich Ulbricht in seinem Grußschreiben an das VIII. FDJ-Parlament noch einmal, der sozialistische Massenwettbewerb sei das „Hauptfeld für die Bewährung der Jugend", und forderte diese zu hoher Arbeitschsziplin und „kostenbezogenem Denken" auf.

Der Steigerung des Wettbewerbs dienen auch die jährlich stattfindenden „Messen der Meister von morgen", die die Öffentlichkeit darüber informieren, in welchem Umfang und in welcher Form die Jugendlichen in der DDR zur ständigen Produktionssteigerung beitragen. Sogar jungen Menschen, die selbst noch nicht im Berufsleben stehen, sind nach § 7 des Jugendgesetzes in ihren Klubs und Arbeitsgemeinschaften geeignete Forschungs- und Arbeitsaufträge zu übertragen.

VII. Militärische Erziehung und Ausbildung der Jugend

Zur militärischen Erziehung und Ausbildung der Jugend schreibt § 44 des Jugendgesetzes wörtlich vor:

„Die Staats- und Wirtschaftsfunktionäre, die Leiter der Betriebe und staatlichen Einrichtungen und die Vorstände der Genossenschaften sind verpflichtet, die Bereitschaft der Jugend zu fördern,

die sozialistische Heimat gegen alle Angriffe des Imperialismus zu verteidigen. Sie haben den Jugendlichen unter aktiver Beteiligung der FDJ, der Gesellschafi für Sport und Technik und des Deutschen Roten Kreuzes zu ermöglichen, sich bereits vor Ableistung des Wehrdienstes militärische,-technische und medizinische Kenntnisse anzueignen und mit den Jugendlichen ihres Bereiches, die ihren 'Wehrdienst ableisten, eine enge Verbindung zu halten."

Diese Gesetzesbestimmung verdeutlicht, daß für die Jugendlichen in der DDR die Verpflichtung zu militärischen Dienstleistungen nicht erst mit dem Abdienen der Wehrpflicht, die übrigens erst im Januar 1962 eingeführt wurde, beginnt. Die vormilitärische Erziehung von Jugendlichen beiderlei Geschlechts ist in erster Linie eine Aufgabe der bereits im August 1952 gegründeten „Gesellschaft für Sport und Technik", die heute dem „Ministerium für Nationale Verteidigung" untersteht. Nach § 1 ihres Status vom 11. 4. 1964 ist sie „eine Massenorganisation der Werktätigen ... unter Führung der SED ... Sie sieht in der sozialistischen Wehrerziehung der Werktätigen und vor allem der Jugend ihre Hauptaufgabe. Sie unterstützt durch ihre Tätigkeit die Vorbereitung der Jugend auf den Ehrendienst in der NVA." Pflicht aller Mitglieder ist die Teilnahme an den sog. „allgemeinen Lehrstunden", zu denen Schießausbildung, Geländedienst und Politschulung. gehören. Erst nach der Absolvierung von mindestens 80 dieser Lehrstunden kann der Jugendliche sich einer der sportlichen oder technischen Sektionen anschließen. Die Gesellschaft hat ca. 450 000 Mitglieder. Ihre Arbeit wirkt sich aus. Nach in der DDR erschienenen Presseberichten waren bereits Ende 1964 60 % der einberufenen Wehrpflichtigen-- vormilitärisch ausgebildet.

In den vor- bzw. paramilitärischen Bereich gehören außerdem die ca. 320 000 Mann: starken „Kampfgruppen der SED". Es handelt sich um militärähnliche, mit automatischen Waffen, Granatwerfern, Geschützen und Panzerwagen ausgerüstete Verbände in Betrieben., Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Schulen usw. Wer (im Alter von 25- bis 60 Jahren) durch örtliche Parteileitungen dienstverpflichtet wird, hat wöchentlich — zusätzlich zur Arbeitszeit — ca. 4 Stunden Dienst zu leisten. In der Eidesformel heißt es: „Ich bin bereit, als Kämpfer der Arbeiterklasse die Weisungen der Partei zu erfüllen."'

Die Nationale Volksarmee selbst, die am 18. 1. 1966 zehn Jahre bestand, hat eine Stärke von ca. 210 000 Mann. Die Wehrpflicht umfaßt einen Grundwehrdienst von 18 Monaten und regelmäßige Übungen. Auch nach Einführung der Wehrpflicht wird auf viele junge Menschen weiterhin erheblicher Einfluß und teilweise Druck ausgeübt,, um sie zu einer längeren Dienstverpflichtung zu bewegen.

Die Verfassung und das Wehrpflichtgesetz kennen keine Wehrdienstverweigerung-aus Gewissensgründen. Nach erst im September 1964 erlassenen Bestimmungen haben Jugendliche, die den Waffendienst ablehnen, lediglich die Möglichkeit, einen Ersatzdienst in „Baueinheiten des Ministeriums für Nationale Verteidigung" abzuleisten. Sie-müssen ein Gelöbnis zur „Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft der DDR" ablegen, werden von Offizieren und Unteroffizieren befehligt und führen vorwiegend militärische. Bauarbeiten aus. Einen zivilen Ersatzdienst wie in der BRD gibt es nicht.

VIII. Maßnahmen zur geistigen Gewinnung und organisatorischen Erfassung der Jugend

Die SED hat ein umfangreiches Instrumentarium von politischen Maßnahmen, bestimmten Formen des Ansprechens der Jugend und organisatorischen Einrichtungen entwickelt, um die Jugend geistig-ideell für sich zu gewinnen und ihr Verhalten ständig beeinflussen und kontrollieren zu können.

Zum Prozeß der geistig-ideellen Gewinnung gehört vor allen Dingen, daß es die SED immer wieder in psychologisch kluger Weise versteht, den jedem jungen Menschen innewohnenden Idealismus anzusprechen. Das verdeutlicht u. a. eine ganze Reihe von Passa-

gen des Jugendkommuniques. So z. B. wenn betont wird, daß „Mädchen und Jungen unserer Tage tatkräftig mithelfen können, wahrhaft humanistische Verhältnisse auf der ganzen Erde zu schaffen", und wenn daran die Frage geknüpft wird: „Lohnt es sich nicht, in einer solchen Zeit zu leben, zu arbeiten und zu kämpfen?"

Zu dieser besonderen Form des Ansprechens der Jugend gehört des weiteren, daß man sie — vor allen Dingen dann, wenn sie sich parteikonform verhält — öffentlich lobt. So werden die Jugendlichen im Jugendgesetz z. B. als „Schmiede der Zukunft, Bauherrn des Sozialismus und Pioniere der Nation" betitelt. In dem Handbuch des FDJ-Zentralrates „Jugend im jungen Staat" heißt es:

„Wenn man beute in der Welt vom deutschen Wirtschaftswunder DDR spricht, dann haben daran die jungen Wundertäter — ungezählte Jungen und Mädchen und ihr sozialistischer Jugendverband — großartigen Anteil. Der kometenhafte Aufstieg der DDR-Volkswirtschaft ist auch ihr Werk."

Die SED berücksichtigt außerdem gezielt die Freude vieler junger Menschen an Symbolen und äußeren Zeremonien. Paradebeispiel dafür waren die Eröffnungsveranstaltungen des VIII. FDJ-Parlaments und des Pfingsttreffens im Mai letzten Jahres. Da ertönen (nach Pressebulletins der FDJ) zur Eröffnung des Pfingsttreffens Festfanfaren, Böllerschüsse und Marschmusik; Ehrenbanner werden von „Veteranen der Arbeiterbewegung" geweiht und Jugendlichen übergeben; Repräsentanten der Partei nehmen eine mehrstündige Parade von mehr als 100 000 Jungen und Mädchen ab. Während ein Tagesfeuerwerk brennt, gestalten 700 FDJler mit bunten Tüchern das Emblem der DDR. Zum Abschluß finden Gedenkappelle, weitere Fahnenweihen und ein Zapfenstreich statt.

Das VIII. FDJ-Parlament wird mit einem Fanfarensignal eröffnet. Anschließend kommandiert Horst Schumann: „Delegierte des VIII. Parlaments! Zum Einmarsch der Banner des Zentralrates der FDJ Achtung!" Trotz dieser „militärischen Grundstellung" singen die Delegierten während des Marsches der Fahnendelegation das Lied „Du hast ja ein Ziel vor Augen ...". Noch befremdender für uns ist, daß an einer Jugendkonferenz auch eine Ehrendelegation der Streitkräfte teilnimmt, die nach Einmarsch mit Stechschritt vor dem Genossen Schumann zur Meldung das Gewehr präsentiert.

Der Freude an äußeren Symbolen werden alle offiziellen Stellen in der DDR auch dadurch gerecht, daß sie großzügig Orden und Auszeichnungen an Jugendliche und Jugendkollektive verleihen. Die „Ordnung über das Tragen staatlicher Auszeichnungen" vom 26. 9. 1959 nennt 60 verschiedene Orden und Medaillen. Eine genau geführte Statistik für die Jahre 1950 bis Mitte 1966 im Handbuch des FDJ-Zentralrates „Jugend im jungen Staat" weist aus, wie viele hohe staatliche Auszeichnungen an Jugendliche unter 25 Jahren und an Jugendkollektive verliehen wurden. Allein 25 wurden zu „Helden der Arbeit" ernannt, außerdem wurden u. a. 9 „Banner der Arbeit", 19 „Nationalpreise" und 48 „Vaterländische Verdienstorden" verliehen. 515 Jugendkollektive konnten den Titel „Hervorragendes Jugendkollektiv der DDR" erringen.

Hinzu kommt, daß die FDJ und die Pionierorganisation selbst das Recht haben, verschieden gestufte Auszeichnungen zu verleihen. Das fängt z. B. damit an, daß ein Pionier vor der Pionierfahne fotografiert und in das „Ehrenbuch" eingetragen wird, und endet bei der höchsten FDJ-Auszeichnung, der „Artur-Becker-Medaille". Dabei ist insgesamt zu berücksichtigen, daß sich fast alle Auszeichnungen auf Leistungen im Produktionsprozeß beziehen. Dadurch werden — zusätzlich zur Bildung besonderer Jugendkollektive — Ehrgeiz und Leistungswille der Jugend gefördert und die Wettbewerbssituation untereinander verschärft. Man kann andererseits nicht darüber hinwegsehen, daß dieses System, Auszeichnungen für konkrete Leistungen an junge Leute zu verleihen, immer noch sinnvoller und vor allen Dingen funktioneller ist als z. B. sog. „Sitzorden".

Zum Prozeß der geistig-ideellen Gewinnung der Jugend gehört letztlich, daß das Prestigebedürfnis der Jugend befriedigt wird. Detaillierte Begründungen zu diesem Punkt sind nicht erforderlich, da es sich weitgehend um Wiederholungen handeln würde. Gemeint sind nämlich alle Maßnahmen, die in diesem Abschnitt genannt wurden, die Privilegierung in der Bildung und die Übertragung von führenden Positionen in Staat und Wirtschaft.

Der organisatorischen Erfassung und Kontrolle der Jugend dienen — neben den vorrangig zu nennenden Betrieben und der Nationalen Volksarmee — vor allen Dingen folgende Organisationen und Einrichtungen:

Die Freie Deutsche Jugend

Sie wurde im März 1946 gegründet und bekannte sich von Anfang an zur SED, auch wenn sie sich bis ca. 1951 den Anschein eines neutralen Jugendverbandes gab. 1957 wurde sie offiziell zur (einzigen) „sozialistischen Jugendorganisation der DDR" erklärt. Nach dem SED-Statut ist sie „der aktive Helfer und die Reserve der Partei". In den Betrieben und Oberschulen ist sie mit bezahlten und von der Arbeit freigestellten Funktionären vertreten. Diese Arbeit ist gesetzlich geregelt. Aus den für diese Arbeit ausgewerteten Unterlagen aus West und Ost ergibt sich übereinstimmend, daß zwischen 50 und 60 % der 14- bis 25jährigen Jugendlichen in der DDR der FDJ angehören.

Die Pionierorganisation

Diese sozialistische Kinderorganisation gliedert sich in die „Jungen Pioniere" (für Kinder bis zum 10. Lebensjahr) und die „Thälmann-Pioniere" (für Kinder vom 10. bis 14. Lebensjahr). Ca. 90 % der altersmäßig in Frage kommenden Kinder sind Mitglieder.

Die Gewerkschaftsjugend im FDGB

Hier ist es nicht möglich, genaue Zahlen zu nennen, da sogar die Unterlagen aus der DDR erheblich voneinander abweichen. So heißt es z. B. im Handbuch des FDJ-Zentralrates „Jugend im jungen Staat", daß 1,5 Mill. Jugendliche im Alter bis zu 25 Jahren im FDGB organisiert sind und daß über 8000 Jugendäusschüsse bestehen. Nach dem Presse-Bulletin Nr. 3 vom 12. 5. 1967 über das VIII. FDJ-Parlament sind aber nur etwas über 1 Mill. Jugendlicher im FDGB organisiert und 6400 Jugendausschüsse tätig.

Die Jugendpresse

Dabei sind vor allen Dingen die im Verlag „Junge Welt" herausgegebenen Publikationen gemeint. Nach DDR-Unterlagen handelt es sich z. Z. um insgesamt 17 Zeitungen und Zeitschriften mit einer Auflage von 3,8 Mill. Exemplaren je Erscheinungstag. Wichtigste Publikation ist das täglich erscheinende FDJ-Zentralorgan *Junge Welt.*

Das Amt für Jugendfragen

Das Amt für Jugendfragen ist ein zentrales Organ des Ministerrates der DDR. Lt. § 2 seines Statuts arbeitet es auf der Grundlage der Beschlüsse der SED und ist für die Organisierung der Kontrolle der staatlichen Jugendpolitik, insbesondere des Jugendgesetzes, verantwortlich.

IX. Verhältnis zur Jugend in der BRD

Gibt es noch Gemeinsamkeiten zwischen den Jugendlichen in den beiden Teilen Deutschlands? Was denken die Jugendlichen in der DDR über ihre Alterskameraden im anderen Teil Deutschlands? Wie beurteilen die SED und die FDJ offiziell die Lage der Jugend in der BRD, und wie stellen sie sich möglicherweise eine Zusammenarbeit vor?

Die ersten beiden Fragen sind, wenn man auf Vermutungen verzichtet, äußerst schwer und zum Teil überhaupt nicht zu beantworten. Gemeinsamkeiten gibt es offensichtlich noch in wesentlichen Bereichen des privaten Lebens. Das verdeutlichen Gegenüberstellungen von Zahlen aus dem Jugendbericht der Bundesregierung [13]) und aus der in Ost-Berlin erschienenen wissenschaftlichen Untersuchung von Walter Friedrich „Jugend heute". Danach gibt es in beiden Teilen Deutschlands Generationskonflikte. Trotzdem haben sowohl die Jugendlichen in der BRD als auch in der DDR feste Familienbeziehungen und möchten ihre Kinder genauso erziehen, wie sie von ihren Eltern erzogen wurden. Sie geben in vielen Punkten übereinstimmende Antworten auf die Frage nach dem Sinn ihres Lebens, indem sie vor allen Dingen personenbezogene Werte (privates Glück, berufliches Fortkommen, glückliche Ehe usw.) nennen. Sie haben nicht allzuviel für niveaureiche und u. U. anstrengende kulturelle Veranstaltungen übrig und wenden sich lieber der leichten Muse zu.

Aus unserer Sicht ist keine objektive Antwort auf die Frage, was die Jugendlichen in der DDR *privat* über uns denken, möglich.

Wie die SED und die FDJ *offiziell* die Lage der Jugend in der BRD beurteilen, ergibt sich aus einer Anfang 1967 erschienenen „Dokumentation" des FDJ-Zentralrates mit dem bezeichnenden Titel „Notstand der Demokratie — Notstand der Jugend / Eine Dokumentation, wie in der Bundesrepublik die Grundrechte der Jugend mit Füßen getreten werden". Der Titel sagt sehr viel über den Inhalt und die Zielsetzung dieser Broschüre aus. Sie enthält nebeneinander durchaus berechtigte Kritik an bestimmten jugendpolitischen Fakten in der Bundesrepublik, nicht belegte Behauptungen und üble Diffamierungen. Die Lage der Jugend in unserem Lande wird einseitig durch eine bestimmte ideologische Brille gesehen und sachlich unrichtig beurteilt. Vor allen Dingen wird die kritische Jugend in der BRD falsch eingeschätzt. Diese „Dokumentation" bietet keine objektive - Grundlage für Gespräche oder gar gemeinsame politische Aktivitäten. An solchen Aktivitäten sind SED und FDJ offensichtlich auch nur in einer ganz bestimmten Richtung" interessiert.

Dieser Standpunkt hat sich in den letzten Jahren sogar verhärtet. Vor dem VIII. FDJ-Parlament erklärte Horst Schumann: „Uns verbindet alles mit unserer Deutschen Demokratischen Republik und nichts mit dem Staat der Monopole und Ausbeuter ..." Er forderte die Jugend in der BRD zu gemeinsamen Aktionen gegen die „Regierung: *Kiesinger/Strauß"*, die „Monopole, Neonazis, Militaristen und die Alleinvertretungsanmaßung" auf. Der gemeinsamen Verantwortung würden die Jugendlichen aus der BRD nach seiner Meinung nur gerecht, wenn sie sich auf die sozialistische DDR stützen und für eine „demokratische Umgestaltung" in ihrem Lande entsprechend den Verhältnissen in der DDR sorgen würden.

Diese Beispiele verdeutlichen, wieviel ideologische Voreingenommenheit, einseitige politische Beurteilung und Ressentiments auch auf Seiten der FDJ abgebaut werden müssen, wenn man eines Tages zu den letzlich notwendigen vernünftigen gesamtdeutschen Jugendkontakten kommen will.

X. Opponiert die Jugend in der DDR?

Die Frage nach einer möglicherweise vorhandenen oppositionellen Haltung der jungen Generation im anderen Teil Deutschlands kann nicht isoliert gestellt werden. Zuvor muß man sich in wesentlich größerem Umfang, als das in diesen kurzen Schlußbetrachtungen geschehen kann, mit der dortigen Gesamtentwicklung beschäftigen.

13) Bericht der Bundesregierung über die Lage der Jugend und über die Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe, veröffentlicht als Bundestags-Drucksache IV/3515/1965.

Unbestreitbar steht heute fest, daß die DDR in wirtschaftlicher Hinsicht — besonders, wenn dabei ihre sehr ungünstige Startsituation berücksichtigt wird — große Fortschritte gemacht hat. Sie ergänzt das durch eine gezielte und mit hohen Investitionen ausgestattete Bildungs- und Jugendpolitik. So ist sie — bei allen Vorbehalten, die wir zum Teil berechtigt, zum Teil unberechtigt haben — in vielfacher Hinsicht tatsächlich ein „Staat' der Jugend". Man kann den Feststellungen der SED, in der DDR entwickele sich ein separates Nationalbewußtsein, u. U. mit Mißtrauen begegnen; dann darf man aber gleichzeitig nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß sich bei der Bevölkerung und insbesondere bei der Jugend in immer stärkerem Maße ein auf die DDR bezogener Stolz (auf die unter schwierigen Umständen erbrachte Leistung) entwickelt.

Hinzu kommt, daß die Bevölkerung in der DDR sich aufgrund der gesamtpolitischen Lage arrangieren muß. Es wäre eine Illusion, anzunehmen, daß das durchweg unwillig geschieht. Natürlich gibt es Opposition und Kritik. Aber sie richtet sich nicht unbedingt gegen das System an sich und schon gar nicht gegen den Sozialismus. In der DDR sind viele neue Selbstverständlichkeiten und auch neue Maßstäbe für die Kritik entstanden. Man vergleicht z. B. die heutige Situation in der DDR mit derjenigen vor einigen Jahren und stellt dann erhebliche Fortschritte fest.

Alle für diese Arbeit ausgewerteten und in der Bundesrepublik erschienenen Untersuchungen und Publikationen stimmen in dieser nüchternen Lagebeurteilung überein. Eine Ausnahme macht nur die Bundesregierung in ihrem 1965 erschienenen Jugendbericht, in dem sie — ohne Quellen zu nennen — ihrer Überzeugung Ausdruck verleiht, daß die Mehrheit der jungen Generation in der DDR das SED-Regime ablehnt. Aber das ist doch wohl mehr Wunschdenken als nüchterne Lagebeurteilung. Diese muß aber — jenseits aller möglicherweise vorhandenen und verständlichen Enttäuschungen — die Grundlage für eine realistische gesamtdeutsche Politik sein. *Hans Apel* drückt das in dem Nachwort zu seinem Buch „Ohne Begleiter — 287 Gespräche jenseits der Zonengrenze" [14]) wie folgt aus:

„Aus dieser Vielzahl von Gesprächen habe ich den Eindruck gewonnen, daß keinem damit gedient sein kann, aus Pietät oder Ratlosigkeit, aus Starrsinn oder Übermut, an Vorstellungen festzuhalten, die einst durchaus zutreffend und berechtigt gewesen sein mögen, die aber inzwischen zu Klischees geworden sind, die einer neuen Wirklichkeit nicht mehr entsprechen, einer Wirklichkeit, die in vielem gar nicht neu, sondern nichts anderes als Gewöhnung an Unvermeidliches, ein Sich-Einrichten in veränderten Verhältnissen ist. Die Wirklichkeit zu erkennen scheint mir aber nicht nur für die Politik im allgemeinen, sondern auch für die persönlichen Beziehungen der Menschen untereinander' eine wichtige Voraussetzung zu sein."

14) Ohne Begleiter — 287 Gespräche jenseits der Zonengrenze, von Hans Apel, Verlag Wissenschaft und Politik.. Köln 1965.

Wir lieben unsere Nächsten bis Helmstedt. Wer weiter denkt, dem wird die Konfession entzogen. Wolfgang Neuß